

Geordneter Bundeshaushalt



Der Deutsche Bundestag berät in dieser Woche den Etat für 2011 und die mittelfristige Finanzplanung des Bundes in zweiter und dritter Lesung. Der Bundeshaushalt setzt damit auch einen großen Teil des Zukunftspaketes um. Es entlastet den Bund bis 2014 um über 80 Milliarden Euro. Die Finanzkrise wirft noch immer ihre Schatten auf die wirtschaftliche Entwicklung Europas. So braucht aktuell Irland die Hilfe der anderen Europäer. Es steht unsere gemeinsame Währung auf dem Spiel. Daher müssen die Staaten jetzt die Hauptursachen der Krise, unter anderem die seit Jahren überfällige Haushaltskonsolidierung, angehen.

Deutschland ist besser aus der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik herausgekommen als erhofft. Es gilt als Wachstumslokomotive Europas. In den nächsten vier Jahren will die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag den Haushalt nachhaltig konsolidieren. Gleichzeitig werden die Chancen für wirtschaftliches Wachstum gefördert.

Dem Bundeshaushalt beschert die gute volkswirtschaftliche Entwicklung wieder mehr Steuereinnahmen, wenn auch noch längst nicht auf dem Vorkrisenniveau von 2008. Außerdem wird der Bund im nächsten Jahr mit einer geringeren Nettoneuverschuldung auskommen.

Die Bundesregierung hat in ihrem Entwurf vom Sommer noch 57,5 Milliarden Euro neue Kredite eingeplant. Inzwischen geht der Haushaltsausschuss des Bundestages nach Abschluss seiner Beratungen von 48,4 Milliarden Euro aus.

Die Bundesregierung fährt die in Folge der Krise zu hohe Neuverschuldung in den nächsten vier Jahren kontinuierlich zurück. Sie soll bis 2014 um die Hälfte auf 24,1 Milliarden Euro sinken. Der Schuldenberg des Bundes von inzwischen über 1.500 Milliarden Euro wird also auch in den nächsten Jahren nochmals weiter ansteigen. Danach aber wirkt die Schuldenbremse. Die guten Wirtschaftsdaten verringern daher nicht die Notwendigkeit zur Konsolidierung. Im Gegenteil: Die Schuldenbremse fordert, dass gerade in guten Zeiten für schlechtere vorgesorgt werden muss. Die CDU/CSU hat vor allem durchgesetzt, dass vor allem auf der Ausgabenseite gespart wird.

Bis 2014 werden die Ausgaben des Bundes daher zum ersten Mal von Jahr zu Jahr sinken.



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

wenn man in dieser Sitzungswoche durch das Regierungsviertel geht, ist alles anders als sonst: Die Kuppel ist leer, weil keine Besucherinnen und Besucher in den Reichstag hinein können und um das Regierungsviertel stehen schwer bewaffnete Polizeibeamte, Absperrungen und Sicherheitschleusen.

Die Folgen der Terrorwarnungen der vergangenen Tage zeigen sich hier in Berlin ganz deutlich. Aber wir dürfen uns in unserer Arbeit, in unserem Verhalten nicht beeinflussen lassen. Das Zielobjekt des internationalen Terrorismus ist die freiheitliche demokratische Ordnung der westlichen Welt, unsere Wirtschaft und insbesondere unsere freiheitliche Lebenskultur. Alle Bürger sollten beherzigen, dass wir uns auch in der aktuellen Gefahrenlage weder in unseren Lebensgewohnheiten noch in unserer freiheitlichen Lebenskultur einschränken lassen. Die wahrgenommene Bedrohung sollen die Terroristen nicht als Teilerfolg ihrer Strategie verbuchen können; mit Wachsamkeit und Ruhe können wir diesem entgegenwirken. Wir dürfen gerade nicht das tun, was Terroristen erwarten: Dass sich das Leben ändert, dass sie mit ihren Ankündigungen, Drohungen uns das Leben erschweren oder auch zum Teil lahmlegen können.


Alle Hinweise über Anschlagplanungen in Deutschland nimmt die Bundesregierung und nehmen wir als Innenpolitiker sehr ernst. Das Bundeskriminalamt hatte am Wochenende klargestellt, dass den Sicherheitsbehörden derzeit keine konkreten Anschlagpläne bekannt sind.

Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder haben ihre konzertierten Vorkehrungen an die aktuelle Gefährdungslage angepasst.

Die für alle sichtbaren Maßnahmen sind nur ein Teil der zwischen Bund und Ländern abgestimmten Maßnahmen. Sie dienen der Vorbeugung und Abschreckung.

Die Sicherheitsbehörden tun alles in ihrer Macht stehende, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Der Dank der Parlamentarier gilt vor allem den Sicherheitskräften im Bund und den Ländern, die diesen Auftrag erfüllen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht

Ihr 
Helmut Brandt MdB

MdB Brandt: Die Städtebauförderung wird auf hohem Niveau fortgesetzt

Aufstockung des Fördervolumens 2011 für den Städtebau um 150 Millionen auf insgesamt 455 Millionen Euro

Bei den abschließenden Beratungen des Deutschen Bundestages zum Bundeshaushalt 2011 wurde auf Vorschlag des Haushaltsausschusses u.a. auch die Aufstockung des Fördervolumens 2011 für den Städtebau um 150 Millionen auf insgesamt 455 Millionen Euro beschlossen.

Mit dieser parlamentarischen Entscheidung setzen die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag ein bedeutsames investitions- und kommunalpolitisches Signal. Die Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden wird auf einem hohen Niveau fortgesetzt. Sie ist ein unverzichtbarer Beitrag zur lebenswerten Gestaltung von Städten und Gemeinden.

Der Bund wird damit auch in Zukunft seinen Beitrag für die Kommunen bei wichtigen städtebaulichen Projekten leisten. Die Union fordert nun die Länder und Kommunen auf, auch ihren Beitrag zur Städtebauförderung im Jahr 2011 sicherzustellen und dafür die Voraussetzungen in ihren Haushalten zu schaffen. In den letzten Wochen und Monaten hat eine intensive Diskussion über die Zukunft der Städtebauförderung stattgefunden. Sie ging weit über die Budgetforderungen hinaus. Die CDU-Fraktion sieht dies auch als Auftakt für einen Dialog des Bundes mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Partnern der Stadtentwicklungspolitik mit dem Ziel einer sinnvollen Neujustierung der Städtebauförderung.

Durch diesen Beschluss wird ein zusätzliches Investitionsvolumen in Höhe von ca. 3,7 Milliarden Euro angestoßen. Dies schafft und sichert ca. 200.000 Arbeitsplätze im regionalen Handwerk und Baugewerbe. Trotz der erforderlichen Sparanstrengungen für den Bundeshaushalt 2011 wird dieser investive Bereich daher bewusst gestärkt. Mit den einzelnen Programmen der Städtebauförderung werden nicht nur städtebauliche Missstände beseitigt sowie die Sicherung und Entwicklung von Innenstädten und Ortszentren gewährleistet. Insbesondere dienen sie auch zur Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung des wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und ökologischen Wandels.

Grüne wollen vor allem Mittelschicht stärker belasten.

Vom Bundesparteitag der Grünen ging am vergangenen Wochenende vor allem eine Botschaft aus: Innerhalb der Grünen haben – wie zu Gründungszeiten – die Fundamentalisten der Partei Konjunktur. Auch die sozialpolitischen Positionen der Parteilinken haben sich in Freiburg umfassend durchgesetzt: Zur Finanzierung grüner Umverteilungsprogramme, insbesondere der Erhöhung des Hartz-IV-Satzes, soll die Mitte der Gesellschaft künftig kräftig zahlen: So sehen die Beschlüsse des Parteitages die Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler, den Abbau des Ehegattensplittings und die Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 Prozent vor.

Finanzhilfen für Irland unausweichlich

Die irische Regierung hat Antrag auf Finanzhilfen aus dem Euro-Rettungsschirm gestellt. Für die Europäische Zentralbank, die EU-Kommission und den Rat der EU-Finanzminister sind Finanzhilfen für Irland unausweichlich. Nur so lässt sich die Stabilität in der Eurozone als Ganzes wahren.

Hilfen werden nur dann gewährt, wenn Irland ein hartes Anpassungsprogramm akzeptiert. Über die Details verhandeln die Fachleute derzeit mit der irischen Regierung. Es geht darum, den irischen Staatshaushalt zu sanieren und die Banken neu zu strukturieren. Schnelle Hilfen für Irland

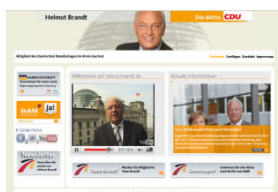
sind notwendig, um einer Ansteckung des übrigen Euroraums und weiterer Länder vorzubeugen.

Zuerst kann die EU Kredite bis maximal 60 Milliarden Euro aufnehmen und an betroffene Euroländer weitergeben. Der EU-Haushalt sichert diese Kredite ab. Das betroffene Euro-Land müsste sie später an die EU mit Zinsen zurückzahlen. Erst wenn die EU-Kredite (plus IWF-Beitrag) ausgeschöpft sind, kämen weitere Finanzhilfen in Form von Bürgschaften der Euroländer zum Zuge. Bei diesen Bürgschaften handelt es sich um reine Sicherheitsinstrumente ohne Zahlungen aus den nationalen Haushalten.



Informationen über meine Standpunkte, meine Aktivitäten und mich finden Sie unter anderen auf meiner Homepage:

Facebook.de... MeinVZ.de .. YouTube.de



Impressum:

Ausgabe Nr.: 20 - 20/10 26. November 2010

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472, Fax: 030 / 227-76471

Email: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830, Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.de